Deutschland heute: **Freiheit wagen!**

Montag, 04.09.1989:

Montagsdemo in Leipzig

Autorin: Monika Martin

Ohne die Massenproteste von DDR-Bürgern im Herbst 1989 wäre die Wiedervereinigung nicht möglich gewesen. Die Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche waren Ausgangspunkt der sogenannten Montagsdemonstrationen, und diese waren ausschlaggebend für den Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Dass die Demonstrationen immer mehr Bürger mobilisierten, lag auch daran, dass westliche Fernsehsender Protestbilder aus Leipzig um die Welt schickten.
In den DDR-Medien waren die Proteste kein Thema.

In der Reihe „Freiheit wagen! Ein Tagebuch der Wende" berichten wir heute über den 4. September 1989. Nach achtwöchiger Sommerpause wurden an diesem Tag die Friedensgebete wieder aufgenommen, im Anschluss daran kam es zu einer Demonstration. Der Bürgerrechtler Thomas Rudolph organisierte damals den Protest.

Leipzig, vierter September 1989. Vor der Nikolaikirche und vor den laufenden Kameras westlicher Journalisten demonstrieren rund 600 DDR-Bürger für die Einhaltung der Menschenrechte und gegen das SED-Regime.

Zu den Organisatoren gehörte der Bürgerrechtler Thomas Rudolph, Mitbegründer der „Initiative Frieden und Menschenrechte Leipzig"

Thomas Rudolph: „Die Demonstration fand praktisch zeitgleich zur Eröffnung der Leipziger Herbstmesse statt, und da waren viele Politiker in dieser Stadt, viele Journalisten. Und da hat sich der Staat immer relativ zurückgehalten, so dass wir relativ sicher davon ausgehen konnten, dass er nicht eingreifen wird, zumindest nicht massiv, und es keine länger andauernden Verhaftungen gibt."

Doch die Zurückhaltung des DDR-Regimes, das sich besonders zu Messezeiten gern weltoffen gibt, ist begrenzt: Zivile Beamte der Staatsicherheit entreißen den Demonstranten die Transparente, auf denen sie unter anderem „Ein offenes Land mit freien Menschen" fordern.

Thomas Rudolph:
„Dann sind Sprechchöre gerufen worden: 'Stasi raus!', 'Wir bleiben hier!' Allerdings auch: 'Wir wollen raus!'"

'Wir wollen raus' ist die Losung der sogenannten Ausreiser, derjenigen also, die in Richtung Westen die DDR verlassen wollen. 'Wir bleiben hier' skandiert dagegen die Opposition, die für politische Veränderungen im Land kämpft. In Leipzig, das ist das Besondere, arbeiteten beide Gruppen ab 1988 zusammen.

Thomas Rudolph:
„Die Ausreiseantragsteller hatten hier nichts mehr zu verlieren, waren also viel risikofreudiger, und deshalb waren sie erst einmal, vor allem Anfang 1988, unsere Verbündeten, weil sie mit uns demonstriert haben, im Gegensatz zu vielen anderen DDR-Bürgern. In vielen anderen Städten, gerade in Ostberlin, haben sich die Oppositionsgruppen direkt von den Ausreiseantragstellern abgegrenzt und die Stellung eines Ausreiseantrags fast als Verrat angesehen."

Treffpunkt für Ausreisewillige und Oppositionelle sind die Friedensgebete in der Nikolaikirche, die dort traditionell jeden Montag um 17:00 Uhr stattfinden. So, nach achtwöchiger Sommerpause, auch am vierten September 1989.

Thomas Rudolph:
„Das Wichtigste war, zu zeigen, dass Protest möglich ist, und wir haben das immer um die Nikolaikirche herum gemacht, weil wir einen Kulminationspunkt schaffen wollten, so ähnlich wie die Solidarnosc das um die Brigittenkirche in Danzig gemacht hat, so ähnlich hatten wir uns das eineinhalb Jahre vorher um die Nikolaikirche ausgedacht. Und das Konzept ist letztlich aufgegangen."

Die Leipziger Nikolaikirche und die von hier ausgehenden Montagsdemonstrationen werden zum Katalysator für die friedliche Revolution in der DDR.

Ein Sieg für Bürgerrechtler wie Thomas Rudolph. Wie viele andere glaubt er im Herbst '89 nicht mehr daran, dass Reformen im Land von der SED-Führungsriege in Gang gesetzt werden.

Thomas Rudolph:
„Wir hatten begrenzte Ziele: Wir wollten nur quasi das SED-Politbüro oder die Regierung, wie immer man das auch bezeichnen will, stürzen und durch eine andere ersetzen. Da wir solche begrenzten Ziele hatten, gibt es in Leipzig so gut wie niemanden unter den Bürgerrechtlern, der über den Ausgang unzufrieden ist."

Thomas Rudolph ist heute Vorsitzender des 'Archivs der Initiative Frieden und Menschenrechte Sachsen'. Er steht am Beginn einer Forschungsarbeit über die Wirkung der organisierten Opposition in der DDR.